

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Mr. 42.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt.  
Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu bezahlen.

Cöln, den 15. Oktober 1909.

Intelligenzpreis für die vierseitige Zeitung 30 Pf. Stellengebühr und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonat 3210. — Redaktionsstuhl ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

## Zahlstellenvorstände: Vertrauensmänner: Mitglieder:

### Vom Arbeitstandpunkt aus!

Richt ergötzlich anzusehen ist es, wie die „Holzarbeiter-Ztg.“ aus der Erledigung der sog. Reichsfinanzreform, den christlichen Gewerkschaften durchaus „einen Strick drehen“ will. Sie will so viele Beweise für die Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaftsfettsäure und Agitatoren sich als gefügige Trabanten des Zentrums erweisen, um den Volksvertretat der schwarzen Junkergarde zu decken“, haben, daß gegen sie nicht ankommen ist. Die „Holzarbeiter-Ztg.“ erhebt gegen die christlichen Gewerkschaften den Vorwurf, daß ihre Führer, die durch die Gnade des Zentrums in den Reichstag gewählt wurden, dort die Interessen der Arbeiter verraten haben.“ Diese Kennzeichnung geschehe nicht etwa vom sozialdemokratischen Standpunkte, sondern vom Arbeitstandpunkt aus. — „Über lieber Genosse“ was du nicht sagst! Dies ist ja nur die halbe Wahrheit! Würdest du ehrlicher sein, so müßtest du erklären, daß deine Beurteilung der christlichen Gewerkschaften und ihrer Führer vom Standpunkt des sozialdemokratischen Arbeiters aus geschieht. So verhält sich die Sache!

Der sozialdemokratische Arbeiter, der von seiner Gewerkschaft in dem Glauben erzogen wird, nur seine Interessen seien die in der Welt allein maßgebenden, hat gut schreien. Schah er keinen Willen, oder besser gesagt seinen ganzen Willen nicht, was ja stets zutrifft, so verwirrt er eben die junge Gesellschaftsordnung und hofft, daß die kommende sozialistische Ordnung seine Wünsche doch noch einmal verwirkliche. Der leste Glaube an die Sieghaftigkeit des sozialdemokratischen Gedankens ist es danu auch, die den sozialdemokratischen Arbeiter davon abhält, in der Gegenwart schon, auf anderem als gewerkschaftlichem Gebiete positiv mitzuwirken und die Interessen seiner Klasse, hier in einer Gewinn bringenden Weise zu vertreten. Der christliche Gewerkschaftler hingegen, der „zu viel sieht“ um an eine bessere Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus zu glauben, macht's umgedreht. Er rechnet mit der gegenwärtigen Gesellschaft und sucht sich innerhalb dieser eine Position zu erringen. Und wenn er bei diesen Bestrebungen nicht immer geradezu auf sein Ziel losgehen kann, es sogar manchmal den Anschein erweckt, als habe er eine bereits errungene Position wieder preisgeben müssen, so bleibt zu berücksichtigen, daß der gerade Weg durchaus nicht immer, am ehesten zum Ziele führt. „Es ist nicht war, daß die gerade Linie die kürzeste ist!“ Dieses Wort hat in der Menschheitsentwicklung seine Wahrheit zur Genüge bewiesen.

Aus dem eben Gesagten geht hervor, daß es einen einzigen Arbeitstandpunkt in allen Fragen, besonders aber in Fragen der Staats-, Wirtschafts- und Parteipolitik nicht gibt. Das einzige Bindende bei allen Lohnarbeiter ist das Bestreben, zu guten Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu gelangen — die reine Gewerkschaftsidee. Was darüber hinausgeht bindet nicht, sondern trennt. Nichts weiter als eine Blumterei ist es daher, wenn die „Holzarbeiter-Ztg.“ für sich den „Arbeitstandpunkt“ reklamiert. Unser Standpunkt ist auch der Arbeitstandpunkt; allerdings nicht der sozialdemokratische. Der christlichen Gewerkschaften Standpunkt zur herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung ist ein ganz anderer, als den der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Über Fragen, wie die der Reichsfinanzreform mit sozialdemokratischen Gewerkschaftsblättern zu diskutieren, ist deshalb ein müßiges Beginnen, solange die Auseinandungen der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften zum Staat und zur Gesellschaft grundsätzlich verschieden sind. Wenn diesbezgl. die „Holzarbeiter-Ztg.“ behauptet, die christlichen Gewerkschaften vertreten in der Frage der Reichsfinanzreform und allen anderen politischen Fragen den Standpunkt der Zentrumspartei, so ist das eine gern in die Welt gesetzte Agitationslüge. Die christlichen Gewerkschaften stehen zu beratigen Fragen genau so, wie die Gemeinschaft der bürgerlichen Parteien; wo sich innerhalb der letzteren, grundfäßliche oder taktische Meinungsverschiedenheiten zeigen, hat die Interessensphäre unserer Gewerkschaften schon längst aufgehört und die des einzelnen Gewerkschaftlers in seiner Eigenschaft als Parteipolitiker begonnen. Das ist ein Standpunkt so klar und folgerichtig, daß kein denkender Arbeiter etwas dagegen einwenden kann.

Um übrigens geben in Nachstehenden Ausführungen unseres Kollegen Stegerwald im Auszug wieder, die er in einer Vorstand- und Vertrauensmännerkonferenz des Kölner Karls, am 3. Oktober d. J. zu den politischen Vorgängen in der letzten Zeit macht:

Erfüllt Eure Pflicht bei der Herbsttagitation! Sorgt für einen guten Besuch der Versammlungen! Klärt die Indifferenzen auf und werbt unermüdlich neue Mitglieder für Euren Verband! □ □ □ □ □ □ □

Aus Anlaß der Erledigung der Reichsfinanzreform, so führte der Redner aus, hätten die Gegner der christlichen Gewerkschaften eine förmliche Heze gegen diese entfaltet. Man versuche den christlichen Arbeitern auf die verwerflichste Art und Weise die Zugehörigkeit zu den bürgerlichen Parteien zu vereinseln und die sozialdemokratische Partei als die alleinige und wirkliche Arbeitervertretung hinzustellen. Es sei begreiflich, daß wegen der neuen Steuern Misstrauensmischung herrsche, aber das recht fertige nicht die wütige Heze, die von der Sozialdemokratie zurzeit getrieben werde. Zwar hätten die christlichen Gewerkschaften nicht die Aufgabe, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, aber gegenüber der sozialdemokratischen Agitation, die auch die christlichen Gewerkschaften geradezu mitverantwortlich machen wolle für die neuen Steuern, und deren Wirkung dazu noch gewaltig übertriebe, sei es notwendig, den Dingen näher auf den Grund zu gehen und zu untersuchen, mit welchem Recht sich die Sozialdemokratie in solcher Weise ausspielle.

Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu einem gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben zu machen. Der amerikanische Gewerkschaftsführer Gompers habe kürzlich erklärt, daß man in Amerika die nächstliegenden Aufgaben zuerst in die Hand nähme, sich also von sozialistischen Zukunftsutopien fern halte. Das Gleiche sehe man in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Dagegen habe sich die sozialdemokratische und auch die hirsch-Dunderliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland weitere Ziele gestellt, indem sie auch auf die politischen Verhältnisse einwirken wollten und sich dabei auf bestimmte Parteien stützten.

Infolge davon, daß sich die Sozialdemokratie in scharfen Gegensatz zum heutigen Staatswesen stelle, seien die Regierungen gezwungen, sich auf andere Parteien zu stützen, wodurch die Sozialdemokratie politisch einflußlos sei.

Die gewerkschaftlichen Aufgaben lassen sich nur durch möglichst starke Arbeiterorganisationen erfüllen. Aus dem Grunde müssen die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein. Neinliche Schwierigkeiten wie zur Zeit seien in unserer Bewegung schon zweimal vorher überwunden worden, bei der Zollfrage und beim Vereinsgesetz. Sie werden auch jetzt überwunden werden. Über die Notwendigkeit dieser Reform hat in keiner Partei ein Zweifel bestanden.

Eine eingehende Würdigung erfuhr die Reichsfinanzreform durch den Kollegen Segenwald vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus. Deutschland habe in den letzten 40 Jahren eine große Volksvermehrung zu verzeichnen, es zähle heute über 62 Millionen Einwohner gegenüber 40 Millionen im Jahre 1870. Der jährliche Zuwachs betrage an 900 000 Köpfen. Dadurch sei das deutsche Volk immer mehr auf den Weltmarkt angewiesen worden. Deutschlands Außenhandel betrage zurzeit über 15 Milliarden Mark. Zum Schutz dieses gewaltigen Handels sei der Ausbau der Flotte notwendig gewesen. Infolge seiner ungünstigen geographischen Lage sei das deutsche Reich aber auch auf ein starkes Herr angewiesen, wenn es nicht äußerliche Zustände erleben wolle, wie sie in früheren Jahrhunderten zu verzeichnen waren. Durch Störung der Handelsbeziehungen, kriegerische Verwicklungen, Störungen und Unsicherheit im Wirtschaftsleben werde auch die Arbeiterschaft in starkem Maße in Mitleidenschaft gezogen. Die Mittel zu der notwendigen Machtenhaltung müßten also aufgebracht werden. Es komme dabei natürlich auf einen gerechten Ausgleich der Verteilung der Lasten an. Wenn dabei die Sozialdemokratie aus prinzipiellen Gründen die Mitarbeit verweigere, so gebe sie damit den Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiterschaft preis, weil dann die Arbeit von anderen Parteien allein geleistet werde.

Was wäre, fragt Redner, mit einer Auflösung des Reichstages, worauf ja die Sozialdemokratie mit allen Kräften hingearbeitet hat, erzielt worden? Die Finanzreform wäre nur verschoben, aber nicht aufgehoben worden. Die Steuern hätten doch gemacht werden müssen. Nur wäre durch diese Verschleppung die Schuldenlast noch um ein Bedeutendes gestiegen, das Wirtschaftsleben hätte infolge der andauernden Unsicherheit nicht gesunden können, den Arbeitern wären zu den 500 Millionen Mark, die sie in der Krise jedes Jahr weniger an Löhnen ausgezahlt erhalten, noch weitere Hunderte Millionen verloren gegangen. Für eine solch unsinnige Politik dankten die christlichen Arbeiter. Ebenso lehnten sie die sozialdemokratischen Klassenkampftheorien auf das entschiedenste ab. Damit sei ein Aufstieg

der Arbeiterklasse nicht zu erzielen. Die christlichen Gewerkschaften hätten in ihrer zehnjährigen Wirksamkeit auf das schlagendste bewiesen, daß das Christentum kein Hindernis für die vorwärtsstrebbende Arbeiterschaft sei. Keine der beiden Kirchengemeinschaften habe den Arbeitern darin Schwierigkeiten bereitet.

Der Einfluß der christlichen Gewerkschaften auch auf die öffentliche Meinung sei heute unverkennbar. Im Laufe des letzten Jahrzehnts habe ein förmlicher Umdenkungsprozeß in sozialer Beziehung sich vollzogen. Man könne nicht mehr alle Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Besserung und Hebung ihrer Lebenslage einfach als sozialdemokratisch abtun, seitdem die christlichen Gewerkschaften auf den Plan traten und sich so günstig entwickelten. Dem Umstande sei auch die Ausbreitung des Tarifgedankens mit zu verdanken. Beim großen Ruhrbergarbeiterstreik sei gleichfalls der Einfluß der christl. Gewerkschaften unverkennbar gewesen.

Scharf zu verurteilen sei die sozialdem. Taktik, alle Richter, insbesondere Männer aus den höheren Ständen als Reaktionäre zu bezeichnen. Männer, wie Dr. Biedelsb., der jahrelang die Tarifverhandlungen im Rheinisch-Westfälischen Baumgewerbe leitete und Graf Paladovsky, der sich so große Verdienste um die Fortführung der Sozialpolitik erworben habe u. a. könne man nicht einfach als Reaktionäre abtun. Den Arbeiterschaften müsse immer mehr zur Kenntnis und zum Bewußtsein gebracht werden, wie sie seitens der Sozialdemokratie beschwindelt werden. Den Massen male man in den schönsten Farben den Zukunftstaat vor, während die Führer längst nicht mehr daran glauben. Das Parteidokument sei längst veraltet, aber vor einer Revision desselben schrecke man zurück wegen der unübersehbaren Folgen, die sie für die Partei nach sich zöge.

Zum Schluß seines Vortrages stellte Kollege Stegerwald dann noch die Frage, wie wohl die freien Gewerkschaften den Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft durchzuführen denken? Vielleicht mit Revolution? Oder mit dem Generalstreik? Beide Mittel hätten bisher da, wo sie angewandt wurden, versagt. Sogar der schwedische Generalstreik sei trotz der besten Voraussetzungen jämmerlich missglückt. Wie in Italien, Russland und anderen Ländern werde wohl auch in Schweden die Reaktion noch folgen. Was sei also gewonnen? Nichts. Bei uns in Deutschland würden die nächsten gewerkschaftlichen Kämpfe auch ganz andere Formen annehmen als bisher. Darum müßten die Arbeiter alles versuchen und daran ziehen, sich immer größeren Einfluß zu verschaffen. Auch in der Gesellschaft müßten sie sich immer mehr durchsetzen. Nichts sei falscher als eine Isolierung der Arbeiterschaft.

In begeisterten Worten forderte der Redner zum Schluß die Anwesenden zu eifriger Arbeit für die christlichen Gewerkschaften auf. Durch eine weitere Stärkung der Organisationen wird auch die heutige Situation, die die Gegner zu unserer Vernichtung auszutragen wollen, uns nicht schaden, sondern zu neuen Fortschritten die Bahn frei machen.“

Mag die „Holzarbeiter-Ztg.“ nun erklären, daß die Ausführungen des Kollegen Stegerwald nicht ihren, d. h. dem sozialdemokratischen Arbeiter-Standpunkte entsprechen — zu geben wird sie aber müssen, daß jeder Arbeiter, der den Glauben an den Zukunftstaat verloren hat, so und nicht anders logisch denken kann.

### Die Reichsfinanzreform

(Von sozialdemokratischen Standpunkten aus behandelt.)

#### Einleitung.

Berichtet es, Deutschland, auf die Erweiterung seines Wirtschaftsgebietes, so heißt das: Deutschland kann nicht nur als politisch mächtiges Land abtanzen, sondern es geht auch wirtschaftlich zurück und damit ist gleichzeitig die Lage der Arbeitervolksschicht bedroht; gewölbliche Stagnation läßt keine Hebung der Lage der Arbeit zu.“ Sozialistischen Monatsschr. 1908, S. 745.

Man vermag dem deutschen Arbeiter gar keine schlimmere Beleidigung anzuhören, als wenn man dieses erbarmungswürdig hält. Und hier, daß den Spott jedes einigermaßen sachkundigen Gegners geradezu herausfordert, auch noch „proletarische Handelspolitik“ nennt. Das fehlt gerade noch!

Schippel, Deutscher Volksstimme, 1904, Nr. 147.

## Abhandlung.

## I. Erwägungen.

## Flottenpolitik.

„Die Notwendigkeit stärkerer Waffensmittel für eine Volksgemeinschaft wird nur der in Abrede stellen dürfen, der von vornherein alle Interessenkonflikte auf gütlichem Wege schlichten zu können meint... Die Handelsinteressen zweier Gemeinschaften sind die ganze Geschichte hindurch die wichtigsten Ursachen zu kriegerischen Zusammenstößen gewesen, im Mittelalter wie in der anbrechenden neuen Zeit und in unserem Jahrhundert. Auch heute sind es diese wirtschaftlichen Gegensätze, welche den Kampf zu Verwicklungen in sich tragen... Das Deutschland aber dann in voller Rüstung dastehet, gewappnet bis an die Zähne, das es über das wichtigste Instrument jenes zulässigen großen Handelskrieges, eine starke Flotte verfügen kann, das ist auch für die deutsche Arbeiterklasse von eminenter Wichtigkeit... Was die Exportindustrie trifft, trifft auch sie, und sie hat das dringendste Interesse, selbst mit Waffengewalt das weitere Prosperieren des Außenhandels und der Exportindustrien sicher zu stellen. Und gerade Deutschland würde vielleicht am ehesten durch den Gang der Entwicklung gezwungen sein, mit dem Schwerte in der Hand seine Stellung aufrecht zu erhalten. Den Marktbeherrschung nur der gesichert, der ihn unter dem Schutz seiner Kanonen weist, und wenn eines Tages, im Kampfe um die Märkte, jene Völker dazu schreiten, den Markt der von ihnen besetzten Länderstriche ausschließlich für sich und ihre eigenen Industrien zu reservieren, dann hieße es für die deutsche Exportindustrie und damit für die deutsche Arbeiterklasse: „Gehe zu Grunde oder erwinde dir den Eingang mit der Waffe in der Hand.““

„Sozialistische Monatshefte“ Dezember 1899.

## Militarismus.

„Wir werden für die Erhaltung des Friedens wirken. Haben wir aber trotzdem den Krieg nicht hindern können, so würde das Volk, bedroht in seinen Grenzen, seinem Eigentum, seiner Sicherheit und Freiheit, sich nicht gefallen lassen, daß wir erst Befragungen anstellen und uns herumprüfen, wer die Schuld daran trüge. Unter solchen Umständen gäbe einen Weltfried angemessen, wäre in Deutschland jetzt und auf Zeitraume hinzu, die für die praktische Politik allein in Betracht kommen, vollauf der Wahnsinn. Man würde durch solche Aufzettelung lediglich eine Augahl Söhne des Volkes, die sich verpflichtet fühlen, ihr Folge zu leisten, zum Opfer bringen, ohne den geringsten Erfolg damit zu erzielen. Man würde nicht den Militarismus schädigen, sondern das deutsche Volk, besonders die Arbeiterklasse selbst, und man würde nicht nur alle Leidenschaft der frigerisch faulisierten Scheidentalente gegen die Partei lenken, sondern würde auch die Sympathien von etliche bedeuten, an der Erhaltung der nationalen Kultur und am Wohlergehen des Volkes ehemlich interessierten Bürgerschaften verschärzen. Gäßt man doch einem fremden Krieger aus der Tasche, fühlst man, wenn er sich leichtfertig herausgezogen hat und man selbst vor ihm steht beruhigt wird. Wie viel mehr wird das hier gelten, wo die Schafe aus selbst trügt, und wo ein tapfere jene schaden, was ihrer zu erweichen“

„Welt“ in den Sozialistischen Monatsheften November 1907.

## II. Zweckmäßigkeit.

## Reine Regelung.

„Für der Regelung des Besitzenden ist es hier wirklich nicht gelan. Die Reaktion der Wähler läßt sich auf die Dauer nicht mit Theorien abseilen. Nur einem gegebenen Punkte der Entwicklung nach die Sozialdemokratie praktische Politik treiben, b. h. im Anfang an das Besitzende bestrebt fortwährend zu fordern, will sie sich nicht zum Rückschlagdienst an der Verlangsamung der Entwicklung machen. Eine weniger Erweiterung über den Gewerbeplatz als letztes Mittel im Kampfe gegen die Kleinstadtkapital, und etwas mehr Belehrung und den Druck, die preußisch zu beginnenden zu bestimmen sind. Schließlich kommt die Sozialdemokratie zur Behandlung der Fragen der praktischen Politik doch nicht heran. Die Beziehungen sind stärker als gewisse Theorien, die uns heute daraus hindern, unsere Fäuste in der Tasche geltend zu machen, wie dies eigentlich möglich wäre. Die kapitalistische Gesellschaft ist noch nicht am Ende ihres Zeitalters, und der Sozialdemokrat hält auf politischen Gebiete große Ausgaben, die sie nicht verantworten kann, ohne sich selbst und den Arbeitern des Landes zu schaden, für welche sie in eifriger Linie kämpft.“

Genoss Röhl, Redner der Sozialdemokratie, „Sozialistische Monatshefte“, Nr. 10, 1908.

## Handlung der sozialen Sicherheitspolitik!

„Eine beweisbare Sicherheitspolitik... Sie ist praktisch nur möglich als eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik, denn nicht nur des Klasseninteresse bezüglichen Schichten, die dabei ganz gezeigt haben, in die Tasche zu greifen hätten, nicht nur des überlebterte Vorzeile nicht drohte gegen eine direkte hohe Einkommensteuer, soll sie den hier geschilderten Sicherungsprogramm in den Weg. Es hat auch noch einen besonderen und in seiner Widerstandskraft einsicht zu unterschätzenden Gegner im deutschen Reichsverständis.“

„Welt“ in den Sozialistischen Monatsheften Seite 62.

## Geldpolitik, Rentenverschärfung und Goldstaatspolitik!

„Es ist ja keine jenseitige Rettung, die mit bezüglich einer solchen Steuer alle anderen, besonders die höheren Stände erfüllen. Denn wir aber zu dieser Einschätzung halten die Kraft erheben, durch die Unterdrückung der anderen, politisch, was zweifellos ausgeschlossen, da keine längere Zeit so weit ginge, so würden wir doch dabei aus großer Schwierigkeiten freien. Es ist eine bekannte Tatsache, daß je höher die Steuer, desto größer die Verzerrungen zu Steuerbefreifungsberechtigten (Gewerbeunternehmen). Aber selbst wenn es gelänge, die Verzerrungen aus Gewerbe und Dienstleistung ausgleichen zu müssen, gleichzeitig wäre man nicht in der Lage, die Einkommens- und Vermögenssteuer beliebig hoch zu legen, weil die Kapitalisten, wenn die Einkommen und Vermögen zu sehr besteuert würden, einfach aus dem Staate fortziehen würden und damit das Reichsfinanzamt, aber eben Gewerbe und Dienstleistung lieber ein gewilltes Ziel dazu haben als die Steuerbefreiung.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

„Die Einkommen- und Vermögenssteuer ist eine politische Rechtshand.“

„Welt“ in der Tagesschau der sozialen Sicherheit Berlin, Seite 5, 1908.

pt. Gladbach, Radevormwald, Sterkrade. — Frechenhorst. — Stein, Argenau. — Kallwitz, Liegnitz, Pribus.

Laut § 39 des Statuts muss die Quartalsabrechnung innerhalb 14 Tagen nach Quartalschluss erfolgt sein. Die Zahlstellen, welche noch nicht abgerechnet haben, werden hierzu aufmerksam gemacht.

## Lohnbewegung.

Kollegen! Seid Ihr gewillt in eine andere Arbeitsstelle einzutreten, so erkundigt Euch zuvor über die hier bestehenden Verhältnisse, bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Liste der im Organ veröffentlichten gesperrten Orte und Firmen bietet keinerlei Gewähr dafür, dass bei ungenannten Firmen keinerlei Missstände oder Differenzen bestehen.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufinden.

### Der Zugang ist fernzuhalten

von

Schreinern und Maschinenarbeitern: Altenessen (Schmeiß & Diepenbrock), Heidelberg, Magdeburg, Giesen, Crefeld (Gebr. Hompesch), Hamborn, Dölde, Celle, Mannheim, Ludwigshafen, Frankfurt a. M., Pforzheim, Baden-Baden (Rauber), Meran (Tirol).

Glasern: Erfurt.

Stahlmätern: Celle.

Zum Kampf in Südwest-Deutschland. In Pforzheim ist der Kampf erfolgreich beendet. Die dortigen Arbeitgeber haben gegen den Willen des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe mit ihren Arbeitern Frieden geschlossen.

In Frankfurt a. M. ist der Arbeitgeberverband noch immer hinter der Firma her und macht kampfhafte Anstrengungen, um die Firma zu bewegen. In der letzten Nummer unseres Organs teilten wir mit, dass die Schreiner-Firma zwar den Beschluss fasste sich an der Aussperrung zu beteiligen, dass aber nur ein einziger Meister diesen Beschluss zur Ausführung brachte. Am Montag den 4. Oktober hielten sie wieder eine Versammlung ab, in der folgende Resolution angenommen wurde:

„Die außerordentliche Generalversammlung der Schreinerzwangsfirma hält den Beschluss von der letzten Versammlung betreffs der Aussperrung aufrecht und beschließt, dass diejenigen organisierten Arbeiter, welche ohne Kündigung im Arbeitsverhältnis sich befinden, am Samstag den 9. Oktober zu entlassen sind. Den kündigenden Arbeitern wird am 16. Oktober gefündigt werden.“

Wer nun glaubte, dass die Frankfurter Schreinermeister aussperrten werden, sah sich wieder schwer getäuscht. Ganze 2 Meister haben 28 Arbeiter ausgesperrt, die übrigen lassen trotz Aussperrungsbeschluss ruhig weiter arbeiten.

Die „Kleinen Krüppel“ lassen sich halt nicht so leicht unterkriegen von ihren großen Kollegen und Herr Kommerzienrat Fäsig wird seine Meinung über die „kleinen Krüppel“, wie er die kleinen Meister geschmacvoll nennt, wohl bald ändern müssen. Die „Kleinen“ haben schon oft genug für die „Großen“ bluten müssen, seien dies aber meistens erst dann ein, wenn es zu spät ist. Auch in Mannheim und Ludwigshafen gehen den kleineren und mittleren Meistern die Augen auf und „muntern“ gegen die Leitung des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes auf. Im Firmasenfer Tagblatt veröffentlicht ein anscheinend am Kampfe beteiligter Arbeitgeber einen Artikel unter der Überschrift:

### Die „Kleinen“ im Arbeitgeberverband.

Er schreibt unter anderem:

„Schon 3 Wochen sind es nun, seit die Schreiner, Glaser und sonstige Arbeiter der Holzbearbeitung von Mannheim-Ludwigshafen im Streik stehen, zum eigenen Schaden, wie auch zum großen Nachteil vieler Arbeitgeber selbst. Die Arbeiter haben gleich bei Beginn der Bewegung so ziemlich die öffentliche Meinung für sich gewonnen, da der Anlass zum Streik von dem Arbeitgeber-Verband verursacht war.“

Auch hat der Arbeitgeberverband trotz der ungünstigen Konkurrenz schon im letzten Frühjahr geflüstertlich mit den Arbeitern einen Krieg angezettelt. Die eingeleiteten Verhandlungen lührten zu keinem Ziel und wurden schließlich abgebrochen. Die Zeit reicht ohne Erfolg und die Arbeiter wollten nicht die Zeit des Winters abwarten, sondern schlugen noch vor demselben los...

Dass der mittlere und kleinere Arbeitgeber in diesem Kampf unterlegen muss, sind sich die Arbeiter bewusst, aber nicht, wie es scheint der Arbeitgeberverband, in welchem die mittleren und kleinen Schutz und Hilfe zu finden hofften. Oder will der Verband das nicht wissen, weil er von höheren, vor den kapitalistischen Arbeitgebern beherrscht ist? Die Ludwigshafener Arbeitgeber gehören jedenfalls nicht zu den Großen und haben als die kleineren wohl auch das Misgeschick gehabt, es ihnen droht, denn sie haben für 1912 gestimmt, und wollten überhaupt den Streik vermeiden. Allein der Arbeitgeberverband ging in seiner brutalen Macht und von den Frankfurter Arbeitgebern besonders verdeckt, über sie hinweg. Nun sollen und müssen sie mitmachen. Sie sifzen auf glühenden Kohlen, in dem sie täglich eine Aenderung erwarten und bestimmt hoffen, dass der Streik nach zwei Wochen sicher beigelegt sein werde. Allein noch immer keine Ansicht, wenn sie nicht selbst vorgehen...“

Jetzt, da dem Kleineren die Augen aufgehen und er sich besichtigt wird, dass jeder sich selbst der nächste ist und auch er für gefragt haben möchte, jetzt wird ihm sogar erklärt, dass er nicht mehr zurück könne, ja dass man ihn haftpflichtig mache, wenn man von ihm Schadenersatz verlangt, wenn er für sich vorzugehen wage. Ob man es tatsächlich als einen „Vertrag gegen die guten Sitten“ — wie man phrasenhaft betont — sehen kann, wenn der Mittelstandsmann sich seines Daseins, Sicherheit erweicht und selbständig schwimmen will, um so

gut wie möglich durchzukommen?! Diese von den großen verbreiteten Einschätzungen, um nicht zu sagen Gewaltstreichs, sind doch schon mehr Erpressung als gemeinnützige Organisationsarbeit. Gibt etwa die Solidarität des Arbeitgeberverbandes nur Faustrecht der Mächtigeren im Verbandesein?... Es erscheint daher fraglich, ob der gewerbebetreibende Mittelstand nicht besser daran läge, mit seinen Arbeitern sich in gutem Einvernehmen zu erhalten. Mit diesen hat er zu arbeiten, die Großen helfen ihm nicht... Leider gibt es halt auch verbündete Kleine, denn die Kläffer helfen am launtesten mit, wenn die großen Hunde Wauwau machen.“

Diese Aussführungen beweisen, dass die Arbeiter den Kampf nicht wollten, dass aber die Großen vom Arbeitgeberverband, insbesondere die großen Frankfurter Arbeitgeber den Kampf eben gewollt haben. Nun haben sie ihn — und zwar so lange, bis sie annehmbare Zugeständnisse machen.

**Vertragsabschluss in Pforzheim.** Nach mehrmaligen Verhandlungen vor dem Gewerberichter kam zwischen den Vertretern eine Einigung zu Stande, wonach sofort eine Lohn erhöhung von 2 Pf. pro Stunde und eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche, vom 1. April 1910 weitere 2 Pf. und ab 1. April 1911 noch ein Pf. und eine weitere Stunde wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen soll. Seitens der Arbeiter wurde diese Vereinbarung mit knapper Majorität angenommen, wogegen die Versammlung der Arbeitgeber dieselbe ablehnte. Darauf haben etwa 22 Firmen, die die weitauß größte Anzahl Arbeiter beschäftigen, einzeln mit den Organisationen den Vertrag abgeschlossen, so dass für den größten Teil der Kollegen der Streit beendet ist und wurde bereits am Mittwoch, den 6. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen. Bei den übrigen Firmen wird der Streit weitergeführt, bis der Vertrag auf der ganzen Linie anerkannt und durchgeführt wird. Zugang ist daher noch fernzuhalten.

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Bad Tölz.** Im Juli d. J. wurde bei der Firma August Moralt ein dreijähriger Tarif abgeschlossen, der auch seinerzeit im Organ bekannt gegeben ist. Dieser Tarif nun, der eine 9 stündige Arbeitszeit für die Bankschreiner, sowie einen Akkordtarif mit garantiertem Stundenlohn (40 Pf. für noch nicht 2 Jahre ausgelernte Schreiner, für alle anderen 50 Pf.) vorsieht, scheint der Firma viel Kopfzerbrechen zu machen. Als Spezialität werden 5-6 verschiedene eichenfurnierte Schlafzimmer angefertigt und die Fabrikation ist so spezialisiert, dass jeder Schreiner sein Material fourniert und maschinenfertig an die Bank geliefert bekommen soll mit allem nötigen Zubehör, wie auch ausdrücklich im Tarif mit vorgesehen ist. Aber leider ist dieses bis jetzt noch nicht der Fall. Es sind verschiedene Kollegen da, die 2-3 Akkorde anfangen müssen, weil sie den ersten nicht fertigstellen können, da die Fournituren und Leime nicht nachkommen und weil es auch fortwährend an allem nötigen Rohmaterial fehlt. Man wird leicht einsehen, dass unter diesen Umständen kein Kollege leicht auf seinen Stundenlohn kommen kann. Die Gehaltskommission war schon verschiedenlich vorstellig, um Beleidigung dieser Zustände und zwecks Anschaffung von fehlendem Werkzeug, Schraubzwingen, Schraubfnecke usw. Die Befähigung der Wasserleitung, sowie Kleiderschränke auf der großen Werkstatt, die 25-30 Schreiner beherbergt, wurde schon beim Tarifabschluss versprochen. Jetzt sind bald drei Monate vergangen und noch ist nichts geschehen. Auch fehlt es weiter in sanitärer Beziehung, was die Bedürfnisanstalten anbelangt. Es sind 2 Aborten vorhanden, ohne Waschpulitur und Türreschluss, die von ca. 25 Mann benutzt werden, ohne irgend welche Reinigung. Welche ansteckenden Krankheiten können dadurch entstehen und welche Gefahr besteht für die Gesundheit des Arbeiters. — Schreiner, die unter den oben geschilderten Umständen Defizit machen, werden entlassen. Wie verlautet, soll das Defizit in Zukunft verrechnet werden, wenn die Kollegen bei einem anderen Akkord Nebentarif machen. Wo bleibt da unser Tarif mit dem garantierten Stundenlohn? Die Fabrikleitung erklärt einfach: „Wenn's euch nicht passt, kommt ihr gehen, wir haben Ersatz genug in Reserve.“ Letzteres kann man jeden Tag beobachten; es sprechen viele Kollegen zu und werden eingestellt, andere aber müssen dafür Platz machen, obwohl sie erst 14 Tage im Betriebe und noch nicht genügend eingearbeitet sind. Wir richten an alle Kollegen die Bitte, wenn sie gemischt sind in Tölz in Arbeit zu treten, sich erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen über die hiesigen Verhältnisse.

**Münster i. W.** Unsere letzte Mitgliederversammlung, in welcher Arbeitsektörer Kollege Springer Helsenkirchen referierte, hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besser besucht sein dürfen. Da es in der Regel immer dieselben Kollegen sind, welche zu den Versammlungen erscheinen, so seien wir uns genötigt, das Verbandsorgan zum Sprachrohr unserer Wünsche und Mahnungen zu machen. Auf diese Weise glauben wir auch diejenigen Kollegen zu erreichen, denen unsere Versammlungen bisher ebenso bekannt waren, wie es bis vor kurzem der Nordpol gewesen ist. Man erinnert sich bei diesen Kollegen erst dann des Verbandes, wenn man die materiellen Vorteile desselben in Anspruch nehmen will. Man findet es als selbstverständlich, dass der Verband die Vorteile und Interessen seiner Mitglieder wahrgenommen hat, aber man vergisst dabei, dass jedes einzelne Mitglied durch gegen Versammlungsbesuch gleichzeitig verpflichtet ist, das Verbandsleben zu fördern. Außerdem ist es eine Unhöflichkeit gegen einen freunden Referenten, wenn von einer großen Zahlstelle noch nicht einmal der 3. Teil in der Versammlung anwesend ist. Mag der Hinweis dieser Zeilen genügen, um die Säumigen an ihre Pflichten zu erinnern.

## Krankengeldzuschusskasse.

An die pünktliche Einsendung der Abrechnung vom III. Quartal wird hierdurch erinnert.

## Gewerkschaftliches.

Die Großen und die Taugenichtse. In der vorletzten Nummer 39 der „Fachzeitung“ des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe befindet sich folgender Bericht:

**Bochum.** Eine sehr wenig kollegialische und daher außerordentlich bellende Stellung hat hier der Arbeit-

geberbund für das Baugewerbe gegenüber den Kollegen unseres Schuhverbandes resp. der Bochumer Tischlerinnung eingenommen. Als derselbe j. Z. mit den Organisationen der Arbeitnehmer in Verhandlungen wegen Abschluss eines Vertrages trat, machte der Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes geltend, dass es doch richtiger wäre, auch den Arbeitgeber-Schuhverband für das Deutsche Holzgewerbe, Bezirksverband Bochum, zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, um einen gemeinsamen Vertrag für alle Betriebe zu erlangen. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe stimmte dieser Anregung zu, ließ aber dann doch dem Schuhverband eine Einladung zu den Verhandlungen zulommen, und zwar mit der Begründung, der letztere beschäftige in Bochum nur 1/3, der Baubund 2/3 der Gesellen; es stünde somit dem letzteren das Recht zu, den Vertrag abzuschließen, dem der Schuhverband sich zu fügen hätte. Nun steht diese Behauptung gar nicht richtig. Denn nach den Mitgliederlisten der Kranientasse beschäftigten die Betriebe der Tischlerinnung 198, der Baubund nur 140 Gesellen und Lehrlinge, in welcher letztere Zahl auch die Gesellen schon eingerechnet sind, welche nach Abschluss des Vertrages zu den Betrieben des Baubundes übergetreten sind. Das wurde durch bewiesen, dass unsere Mitglieder fortgesetzt durch unzählige Ausschreitungen seitens der Mitglieder des christlichen Arbeiterverbandes geschädigt, auch bei den übrigen Innungsmitgliedern seitens der Gesellen gekündigt wurde. Die Mitglieder unseres Bezirksverbandes saßen dann in einer Versammlung beschluss, um ebenfalls zu einem Vertrage zu kommen. Der Sekretär des Verbandes der christlichen Arbeitnehmer erklärte jedoch, es würden keine zwei Verträge abgeschlossen, unsere Kollegen sollten sich dem Vertrage des Baubundes anschließen, ein Ansinnen, das von Seiten unserer Kollegen abgelehnt wurde. Nach Ablauf der Kündigungsfrist haben dann die Gesellen wiederholt versucht, unsere Mitglieder durch allerhand Behauptungen zum Unterschreiben des Vertrages zu veranlassen, und die Bauunternehmer haben die Arbeiter in diesem Vorhaben ihrerseits unterstellt. Indessen ist es durch das energische Eingreifen des Vorstandes doch dahin gebracht worden, dass Verhandlungen zum Abschluss eines Vertrages eingeleitet sind. Jedenfalls bleiben Vorkommnisse, wie die geschilderten, im Interesse der Arbeitgeberseite, die doch als eine gemeinsame gelten sollte, sehr bedauerlich!

Da kam doch einmal die Welt sehen, welch brauen Leute die sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verbände im Gegensatz zu den „unkollegialen“ Baubündlern und den „unwahrsamen“ christlichen Arbeitern sind! Tatsache dagegen ist, dass die Vertreter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter (einen „Verband der christlichen Arbeitnehmer“ kennen wir nicht) von Beginn der Verhandlungen an dafür eingetreten sind, mit allen für das Holzgewerbe in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden zu verhandeln und die Verträge zu tätigen. Bereits in der ersten Sitzung am 21. Februar 1908 im Rathause zu Essen, machte der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Schick Bochum folgende Ausführungen:

„Als Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter betone ich, dass bei uns der beste Wille vorhanden ist, die Verträge zu erneuern. Beüglich der einzelnen Orte und Lohngebiete scheint mir doch eine gewisse Unklarheit zu bestehen. Für das Schreinergewerbe besteht für den hiesigen Bezirk noch kein einheitlicher Vertrag, wir haben vor Jahr und Tag in Essen gemeinsam Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund und auch mit dem Schreinerinnung unter Herrn [redacted] geführt und auch den Vertrag mit diesen Organisationen abgeschlossen. Für uns liegt die Sache jetzt so, dass wir im hiesigen Bezirk zum großen Teil mit Möbelschreinern zu rechnen haben. Ferner kommen auch hier zwei Organisationen in Frage, und zwar der Arbeitgeberbund und der Arbeitgeber-Schuhverband für das deutsche Holzgewerbe. Letztere sind nun allerdings hier nicht vertreten. Warum sind sie nicht da? Es ist wirklich nicht gut möglich, das Schreinergewerbe mit dem Baugewerbe zu verquicken. Wir müssen für die Schreiner abschließen. In einen einzigen Vertrag also 15 Arbeiterverbänden aufzunehmen wird sich praktisch nicht durchführen lassen. Redner teilt dann ausführlich mit, wie es in Bochum mit dem Vertragsabschluss gehalten werden sei, wo man mit dem Arbeitgeber-Schuhverband und der Innung abgeschlossen habe. Wir haben bisher nur Verträge für die einzelnen Orte abgeschlossen. Wenn man jetzt einen Bezirksvertrag für das Schreinergewerbe abschließen will, so muss das erst noch näher erörtert und vorgearbeitet werden. Außerdem hat der eingereichte Entwurf der Arbeitgeber mit dem Tarifvertrag des Schreinergewerbe gar keine Ähnlichkeit. Der Entwurf betrifft ja eigentlich die Schreiner auch gar nicht, passt für uns garnicht. Also lassen Sie uns hinaus. Es wäre mir aber interessant zu erfahren, wie Herr Schmidheaus sich die Sache bei dieser sehr großer Schwierigkeit denn eigentlich gedacht hat?“

Auch in den nachfolgenden Sitzungen unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten Rath haben unsere Verbandsvertreter immer wieder darauf hingewiesen, dass es notwendig sei, mit allen in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden zu verhandeln. Wenn trotzdem der Arbeitgeber mit dem Tarifvertrag des Schreinergewerbe nicht dabei war, so ist dies nicht unsere Schuld. Die Beurteilung in der „Fachzeitung“ schiesst darum wieder mal vollständig daneben.

**Sozialdemokratische Gewerkschaftsmisere.** Der Sozialdemokratische „Deutsche Textilarbeiter-Verband“ hat die Reichsfinanzreform zum Anlaß und Ausgangspunkt einer wütenden Hetze gegen die christliche Konkurrenzorganisation und deren Vorständen, Reichstagsabgeordneten Schiffer, genommen. Es stellt sich indessen immer klar heraus, dass die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes diese unsäre Aktion in der Hauptfache aus dem Verlegenheitsgrunde unternommen hat, um schreiende Misstände im eigenen Lager zu verschleiern.

Die sozialdemokratische Textilarbeiterorganisation leidet unter einem ungeheuren Mitgliedschwund. Trotzdem der Verband im Jahre 1908 genau 37 810 Mitglieder neu aufgenommen hat, ist seine Mitgliedszahl seit Anfang vorigen Jahres von 129 295 auf rund 78 500 gesunken, der Gesamtverlust beziffert sich (in etwa 1 1/2 Jahren) auf rund 88 500 Mitglieder. Aus allen Textilarbeiterzirkeln des Reiches werden andauernd noch zahlreiche weitere Ausritte bisheriger Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes gemeldet.

Diese Mitgliederflucht wird erklärt, wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass der sozialdemokratische Textilarbeiterverband im Jahre 1908 fast seinen gesamten Vermögensbestand verloren, bzw. verpulvert hat.

